

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 6. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Altstadt (SBR Alt/006/2020)

am Mittwoch, 4. März 2020,

17:30 Uhr

**im Stadtbezirksamt Altstadt, 1. Etage, Raum 100,
Theaterstraße 11, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 20:17 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender
André Barth

Mitglied Liste CDU
Tobias Händler
Lutz Hoffmann
Anna Kahlich
Norbert Waldhelm

Mitglied Liste DIE LINKE
M.A. Marco Dziallas
Sven Houska
Esther Ludwig
Ina Polreich

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen
Jonathan Gut
Tom Fabian Knebel
Susanne Krause
Andrea Schubert

Mitglied Liste SPD
Rasha Nasr abwesend ab 18:18 Uhr
Edwin Seifert

Mitglied Liste Alternative für Deutschland
Gordon Engler anwesend ab 17:40 Uhr
Joachim Promnitz
Jürgen Squar

Mitglied Liste FDP
Marko Beger

Abwesend:

Mitglied Liste DIE LINKE
Rica Gottwald

Verwaltung:

Herr Porstmann	Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft
Herr Viertel	Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft
Herr Szuggat	Stadtplanungsamt
Frau Zimmermann	Amt für Wirtschaftsförderung

Gäste:

Herr Starke	Dresden skatet e. V.
Frau Baer	Dresden skatet e. V.

Schriftführerin:

Frau Meinert	Bürgermeisteramt
--------------	------------------

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- 1** Vorlagen zur Beschlussfassung durch den Stadtbezirksbeirat
- 1.1** Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt
hier: Makroprojekt (Nr. Alt-006/20) Kindernachtskaten in der Dresdener Altstadt **V-Alt00021/20**
beschließend
- 2** Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates
- 2.1** Fortschreibung Kleingartenentwicklungskonzept **V0009/19**
beratend
- 2.2** Umsetzung des Stadtratsbeschlusses A0351/17 zur Errichtung von 21 neuen Grillplätzen im Stadtgebiet **V3144/19**
beratend
- 2.3** Digitalisierung in Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten **A0028/20**
beratend
- 3** Kontrolle der Niederschrift zur 4. Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 14. Januar 2020
- 4** Informationen, Hinweise und Anfragen
- 4.1** Standortsicherung Dresdener Mühle **AF-Alt00005/20**
- 4.2** Informationen und Anfragen

öffentlich

Einleitung:

Herr Barth begrüßt die Stadtbezirksbeiräte zur 6. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Altstadt. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. Von 19 Stadtbezirksbeiräten sind 17 anwesend, so dass die Beschlussfähigkeit festgestellt wird. Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es keine. Für die Unterzeichnung der Niederschrift werden Frau Krause und Herr Promnitz vorgeschlagen.

Herr Engler tritt der Sitzung bei. Es sind nun 18 Stadtbezirksbeiräte anwesend.

1 Vorlagen zur Beschlussfassung durch den Stadtbezirksbeirat

1.1 Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Altstadt hier: Makroprojekt (Nr. Alt-006/20) Kindernachtskaten in der Dresdener Altstadt **V-Alt00021/20 beschließend**

Herr Barth stellt die Vorlage kurz vor. **Herr Starke** und **Frau Baer** stehen für Rückfragen zur Verfügung.

Herr Starke legt den Grund der Förderung dar. Auf Nachtskatendresden.de bekomme man Informationen zum Verein. Benötigt werden die Gelder beispielsweise für Übungsboxen auf dem Hockeyfeld, sodass die Kinder Haltungsübungen gezeigt bekommen und in die richtige Bekleidung sowie richtiges Fahren eingewiesen werden können.

Folgende Themen werden durch **Herrn Seifert**, **Herrn Händler**, **Herrn Hoffmann**, **Herrn Promnitz** und **Herrn Squar** diskutiert:

- zur Verfügung stehende Aufsichtspersonen
- Werbung für die Veranstaltung
- Teilnahmekosten, da eine Mitgliedschaft bei einem Verein ebenfalls Geld koste
- Gesamtzahl der Veranstaltungen
- Gesamtbudget für das Jahr
- Lob der Veranstaltung und Befürwortung

Frau Baer antwortet, dass auf 100 Kinder 10 Skateinstruktoren eingeplant seien. Das Leihmaterial erhalten die Kinder kostenfrei. In erster Linie gehe es darum allen Kindern einen schönen Freitagnachmittag zu bereiten. Die Sponsoren schwanken jedes Jahr. Die jährlichen Gesamtkosten für das Nachtskaten und das Kindernachtskaten belaufen sich auf etwa 50.000 bis 60.000 Euro. Das sei mit den reinen Sponsorengeldern jedoch nicht abzudecken.

Herr Starke erklärt, dass die Werbung durch Flyer, die beispielsweise an Schulen und Bürgerbüros ausliegen, sowie über Informationen auf Facebook erfolge. Er gibt Auskunft, dass das Kindernachtskaten kostenfrei sein soll, um dies allen Kindern zugänglich zu machen. Insgesamt seien vier Veranstaltungen geplant.

Es gibt keine weiteren Fragen, sodass **Herr Barth** zur Abstimmung über die Vorlage aufruft.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtbezirksbeirat Altstadt beschließt die Zuwendung zum Projekt entsprechend Anlage 1 aus den kommunalen Haushaltsmitteln des Stadtbezirksbeirates Altstadt für das Jahr 2020 in Höhe von 2.626,88 Euro.
2. Eine Förderzusage für die Folgejahre ist damit nicht verbunden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 17 Nein 0 Enthaltung 1

2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

2.1 Fortschreibung Kleingartenentwicklungskonzept

**V0009/19
beratend**

Herr Porstmann erklärt die Vorlage anhand einer Präsentation.

Herr Hoffmann, Herr Waldhelm, Herr Händler, Frau Ludwig, Frau Schubert und Herr Seifert diskutieren folgende Themen:

- Erhalt und Ausgleich von Parzellen sowie tatsächlicher Istbestand und konkrete Planungen
- Bedeutung der Leitlinien für die Gartenvereine im Stadtbezirk Altstadt
- Unterschied zwischen Gemeinschaftsgärten und Kleingärten und Mischungen
- Unterschied zwischen Bürger und Einwohner und Nutzung der Anlagen durch Einwohner
- Planungsfortschritt des Kleingartenparks Emmrich-Ambros-Ufer
- Vorhandensein potenzieller Flächen im Stadtbezirk Altstadt
- Grabeland und Verschiebung von Kleingärten aus dem Überschwemmungsbereich
- Glyphosatverbot und Kontrollmöglichkeiten

Herr Porstmann erklärt, dass es sich um ein strategisches Konzept handle. Die dort aufgeführten Zahlen seien eine Zusammenfassung. Gemeldete Veränderungen seien zwar eingearbeitet, eine Zeitschiene könne jedoch nicht genannt werden. Viele Veränderungen seien ohne zeitliches Konzept abgebildet. Spezielle Einzelanliegen könne man erst genauer planen, wenn es an der Zeit sei. Von den geplanten Leitlinien gebe es 14 Variationen für die Altstadt. Davon seien 13 längerfristig gesichert. Lediglich die Aue im Ostragehege sei durch die elbnahe Lage noch unsicher. Die Differenzierung zwischen Bürgern und Einwohnern sei bei der Erstellung nicht bewusst gewesen. Es seien die Einwohner der Stadt Dresden gemeint. Gemeinschaftsgärten seien Gärten, welche nicht dem Kleingartenrecht unterliegen würden. Dort müsse man nicht den Regelungen des Bundeskleingartengesetzes entsprechen. Das Konzept zum Kleingartenpark Emerich-Ambros-Ufer gebe es schon. Die Umsetzung gestalte sich schwierig. Konkrete Planungen gebe

es noch keine, da eine Umsetzung sukzessive passieren müsse, um eine sanfte Öffnung der Anlagen zu erreichen und verschiedene Wegestrukturen nicht aufzubrechen. Weitere Flächen in der Altstadt, welche sich für weitere Kleingärten eignen würden, gebe es nicht. Es wurden Überschwemmungsareale geprüft und entsprechend angepasst. Auch seien weitere Regelungen aufgenommen worden, beispielsweise die zaunlose Gestaltung und Heckenpflanzung nur in Strömungsrichtung. Jeder Kleingartenverein sei dazu angehalten, den Einsatz von Pestiziden, beispielsweise von Glyphosat selbst zu kontrollieren. Die Stadt Dresden habe als Kommune selbst nicht das Kontrollinstrument in der Hand.

Herr Barth ruft zur Abstimmung über die Vorlage auf.

Beschlussvorschlag:

1. Die zweite Fortschreibung des Kleingartenentwicklungskonzeptes 2018 gemäß Anlage 2 zur Vorlage, inklusive der Leitlinien entsprechend Anlage 1 der Vorlage, wird bestätigt.
2. Das Kleingartenentwicklungskonzept als Fachplanung ist in die Abwägung aller städtischen Planungen, insbesondere der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung einzubeziehen.
3. Die Umsetzung des Konzeptes erfolgt schrittweise entsprechend den Entwicklungskategorien und den finanziellen Mitteln des zur Verfügung stehenden Amtsbudgets sowie aus Mitteln der Vorhaben Dritter.
4. Die Arbeitsgruppe „Kleingartenentwicklungskonzept“ unter Leitung des Amtes für Stadtgrün und Abfallwirtschaft bleibt bestehen, begleitet die Umsetzung des Konzeptes und sichert die Aktualität der Kleingartendatenbank.
5. Das Kleingartenentwicklungskonzept ist entsprechend des Bestandes und des Arbeitsstandes der verbindlichen Bauleitplanung bei Erfordernis, spätestens vor der nächsten generellen Flächennutzungsplanänderung fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 17 Nein 0 Enthaltung 1

***Frau Nasr** verlässt die Sitzung. Es sind nun 17 Stadtbezirksbeiräte anwesend.*

**2.2 Umsetzung des Stadtratsbeschlusses A0351/17 zur Errichtung von
21 neuen Grillplätzen im Stadtgebiet**

**V3144/19
beratend**

Herr Viertel erklärt die Vorlage anhand einer Präsentation.

Herr Hoffmann, Herr Waldhelm, Herr Promnitz, Frau Schubert, Frau Ludwig, Herr Händler, Frau Polreich, Herr Seifert und Herr Squar diskutieren folgende Themen:

- Kriterien für genutzte Plätze, Ablehnung des Platzes am Trümmerberg des Ostrageheges und die Errichtung eines Platzes beispielsweise im Sportpark Richtung Marienbrücke
- Anwohnerverhalten am Sternplatz und Reaktion auf den Grillplatz
- Grillen an der Elbe, Müllproblem auf den Elbwiesen und verbrannte Wiesenflächen
- Möglichkeit der Aufstellung von Bänken
- Errichtung legaler Möglichkeiten zur Entgegenwirkung von illegalem Grillen
- Handlungsmöglichkeiten des Stadtbezirksbeirates, wenn die Anwohnerschaft die Grillfläche am Sternplatz nicht annimmt
- generelle Freigabe fürs Grillen und nur ordnungswidriges Verhalten, beispielweise durch Bestrafung unsachgemäßer Müllentsorgung
- Budgetierung der 1.000 Euro Pflegekosten für die Grillplätze
- Aufstellung von zusätzlichen Müllbehältern an der Elbe
- Kein Grillplatz am Weißeritzgrünzug
- Ausbau des Sternplatzes und Hinwegsetzung über die Beschwerden der Anwohner
- Umgang mit Menschen, welche unerlaubt grillen

Herr Viertel geht auf die Fragen ein. Es gebe bereits im Sportpark und Nähe Trümmerberg Grillplätze, die als solche ausgewiesen seien und benutzt werden können. Innerstädtische Plätze wie der Grillplatz am Sternplatz würden natürlich Risiken in sich bergen. Dennoch sei es der Wunsch der Bevölkerung gewesen, dort grillen zu können. Der Grillplatz sei jedoch noch nicht in Betrieb genommen und befinde sich kurz vor der Fertigstellung. Danach müsse man sehen, wie der Ort insgesamt angenommen werde und was für Maßnahmen gegebenenfalls zu ergreifen seien. Der einzurichtende Grillplatz an der Elbe soll befestigt und mit entsprechenden Entsorgungsstellen für Müll ausgestattet werden. Die Grillplätze werden in die Polizeiverordnung aufgenommen, um sie der Öffentlichkeit anzubieten. Wenn ein Grillplatz aufgelöst werden soll, weil die Beschwerdelage zu massiv sei, wäre er auch aus der Polizeiverordnung zu streichen. Das würde auch im Stadtbezirksbeirat diskutiert werden müssen. Eine generelle Freigabe sei unmöglich, da die einzelnen Regelungen bezüglich Schutzgebieten das bereits verbieten. Grundsätzlich sei es präventiv verboten irgendwo ein Feuer zu entfachen, außer an gekennzeichneten Stellen. Es gebe den Wunsch, dass die Stadtbezirke die Pflegekosten übernehmen. Ein Grillplatz mache nur Sinn, wenn die Fläche auf der er errichtet werde auch eine Perspektive habe. Am Weißeritzgrünzug sei eine Schule. Dazu gebe es ein Straßenbauprojekt und die Nähe eines Spielplatzes. Um Müll und Scherben auf dem Spielplatz zu vermeiden, sei der Grünzug als ungeeignet eingestuft worden. Es gebe besser geeignete Stellen kurz hinter der Stadtbezirksgrenze. Es habe zum Sternplatz einen Prozess der Abwägung gegeben, bei dem auch Gespräche und Bürgerveranstaltungen stattgefunden haben. Auch habe es in dem Zusammenhang den breiten Wunsch gegeben einen innerstädtischen Grillplatz zu finden. Die Bauarbeiten seien weitestgehend abgeschlossen. Es habe jedoch noch keine Abnahme stattgefunden. Für Schwarzgrillen gebe es je nach Standort unterschiedliche Bußgelder. Es fänden regelmäßige Kontrollen seitens des Ordnungsamtes statt.

Herr Barth ergänzt, dass es in Johannstadt bereits eine Lagerfeuerstelle gebe. Der Vorschlag sei, diese um einen legalen Grillplatz zu erweitern. Es werde mit der Legalisierung auch eine entsprechende Infrastruktur geschaffen. Die Grillstelle am Sternplatz sei ein wunder Punkt, da tatsächlich Widerstand aus der Anwohnerschaft vorhanden sei. Die Stadt habe sich auch mit Blick auf den Stadtratsbeschluss zur Errichtung 21 neuer Grillplätze für die Umsetzung entschieden. Handlungsmöglichkeiten für den Stadtbezirksbeirat können sich durch das Einbringen neuer

Ideen immer ergeben. Es sei zur Abdeckung der Kosten prinzipiell möglich die Pflege als Projekt zu betrachten. Es werde jedoch keine permanente Übernahme der Pflegekosten geben.

Herr Barth ruft zur Abstimmung über die Vorlage auf.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 15 Nein 2 Enthaltung 0

2.3 Digitalisierung in Stadtbezirksbeiräten und Ortschaftsräten

**A0028/20
beratend**

Herr Engler stellt den Antrag vor.

Herr Barth erklärt, dass innerhalb der Stadtverwaltung bereits an einer Umsetzung der Digitalisierung gearbeitet werde. Aus der Sicht des Geschäftsbereiches Finanzen, Personal und Recht bedarf es demzufolge keines Stadtratsbeschlusses. Im ersten Schritt zur Digitalisierung werde eine Struktur-E-Mail-Adresse „name@dresden.de“ vergeben. Wie die technische Umsetzung erfolgen werde, erarbeite man noch. Die Umsetzung werde in einem Stadtbezirksbeirat als Pilotprojekt getestet und begonnen. Der Wunsch der Stadtbezirksbeiräte Altstadt sei in diesem Zusammenhang weitergegeben worden.

Frau Kahlich fragt, warum ein Antrag gestellt werde, wenn die Umsetzung bereits angelaufen sei.

Herr Engler antwortet, dass das bei der Antragerstellung noch nicht der Fall gewesen sei.

Herr Hofmann merkt an, dass an verschiedenen Stellen zu diesem Thema diskutiert worden sei und erklärt seine Ablehnung, damit nicht parallele Abläufe sich gegenseitig blockieren.

Herr Händler fragt, vom wem an dieser Stelle die größte Aktion ausgehe, von der Verwaltung oder von den Stadtbezirksbeiräten. **Herr Barth** erklärt, dass an einer Digitalisierung bereits seit vielen Jahren Schritt für Schritt gearbeitet werde. **Herr Engler** erklärt, dass der Antrag der AfD auf den Erfahrungen der Digitalisierung des Stadtrates beruhe, welche ursprünglich ebenfalls über einen Antrag beschlossen worden sei.

Herr Seifert merkt an, dass besonders der letzte Satz bezüglich der Nutzung nicht verausgabter Stadtbezirksbeiratsmittel seine Ablehnung hervorrufe. **Herr Barth** erklärt, dass dieser Vorschlag auch so nicht mehr umsetzbar sei, da das was 2019 nicht verbraucht wurde auch nicht mehr zur Verfügung stehe.

Herr Hoffmann erklärt, dass es um nicht verausgabte Mittel gehe und das Geld, welches in die Haushaltskasse aus der Stadtpolitik zurückgeflossen sei, dafür verwendet werden solle.

Herr Knebel wirft ein, dass es wenig sinnvoll wäre, allen Stadtbezirksbeiräten Tablets zur Verfügung zu stellen, da auch die Herstellung und Betreibung solcher Geräte eine weitere Umweltbelastung darstelle. Er regt eine Lösung zur Nutzung eigener Geräte an.

Herr Händler erklärt, dass er Papier für seine Gremienarbeit als wertvoll betrachte und es für ihn eine Katastrophe wäre, alles mit seinem Smartphone lesen zu müssen.

Herr Barth erklärt, dass es sich juristisch so verhalte, dass die Einladung mitsamt Unterlagen in den Machtbereich der Gremienmitglieder gelangen müsse. Dafür gebe es verschiedene Wege, beispielsweise die Zustellung eines Schriftstückes in den eigenen Briefkasten. Das könne allerdings auch das E-Mail-Postfach sein.

Herr Barth ruft zur Abstimmung über den Antrag auf.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 3 Nein 12 Enthaltung 2

3 Kontrolle der Niederschrift zur 4. Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 14. Januar 2020

Die Niederschrift der 4. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Altstadt am 14.01.2020 wurde zur Kenntnis genommen und durch Herrn Gut und Herrn Dziallas unterzeichnet.

Die Niederschrift zur 5. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Altstadt am 04.02.2020 konnte den Stadtbezirksbeiräten noch nicht zur Kenntnisnahme zugestellt werden.

4 Informationen, Hinweise und Anfragen

4.1 Standortsicherung Dresdener Mühle

AF-Alt00005/20

Begründung:

Im Rahmen der letzten Dezember-Sitzung 2019 stellten je ein Vertreter der Mühle und des Dresdener Hafens ihre Unternehmen vor. Im Zuge dessen mussten wir erfahren, dass der Standort der Dresdener Mühle auf Grund von Brandschutzbedenken- und auflagen in Gefahr ist bzw. nicht mit einer Modernisierung einhergeht.

Fragen:

1. Wie stellt sich der Sachverhalt auf Seiten der Landeshauptstadt Dresden in Bezug auf die langfristige Standortsicherung der Dresdener Mühle dar?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Landeshauptstadt Dresden zur Sicherung des Traditionsstandortes unter Einhaltung aller gesetzlichen Auflagen?
3. Welche Maßnahmen wurden bereits ergriffen um gemeinsam mit dem Eigentümer eine Lösung zu finden?

Da es sich um einen sensiblen unternehmerischen Vorgang handelt, werden die Fragen mündlich durch **Herrn Szuggat** und **Frau Zimmermann** beantwortet.

Frau Zimmermann erklärt, sie sei im Amt für Wirtschaftsförderung zuständig für alle Unternehmen. Es bestehe ein großes Interesse an den Standortbedingungen verschiedener Branchen. Auch lege der Oberbürgermeister besonderen Wert auf den Branchenmix in Dresden. Im letzten Jahr habe er auch die Dresdener Mühle besucht und seine Wertschätzung für dieses Unternehmen zum Ausdruck gebracht. Die Rückmeldung der Dresdener Mühle im vergangenen Jahr sei gewesen, dass sich das Unternehmen in einem Investitionsdruck befinde und einen Standortwechsel anstreben werde, sollte es erforderlich werden. Es bestehe regelmäßig der Kontakt zwischen Dresdener Mühle, dem Amt für Wirtschaftsförderung, dem Stadtplanungsamt und dem Oberbürgermeister, auch unter dem Hinblick auf die Thematik der heranrückenden Wohnbebauung. Das Umweltamt und die Bauaufsicht seien mit einbezogen. Der Antrag der Dresdener Mühle ruhe derzeit.

Herr Szuggat erläutert das planungsrechtliche Umfeld. Der Kern der Friedrichstadt sei einerseits eine gewerbliche und andererseits die Hafennutzung. Dort befinden sich eher die größeren und robusteren Gewerbe, welche natürlich Entwicklungsinteresse haben, jedoch aber auch Rücksicht nehmen müssen auf die Bestände, die bereits vorhanden seien, auch unter Einhaltung des Bundesimmisionsschutzgesetzes. Ziel sei neben der Vielfalt der städtischen Flächen auch der Erhalt der gewerblichen Betriebe. In der Nachbarschaft gebe es Nutzungsarten, die sich teilweise auf eine Bestandsnutzung und teilweise auf eine gemischte Nutzung beziehen. Alle diese näheren Nutzungen beeinträchtigen auch die entsprechenden Entwicklungsmöglichkeiten mancher Gewerbe. Beispielsweise habe das Krankenhaus Friedrichstadt in diesem Zusammenhang einen sehr hohen Schutzanspruch, insbesondere im Bereich der Nachtruhe. Man versuche eigentlich immer Wege zu finden, um eine verträgliche Nachbarschaft zu gewährleisten. Das werde auch beim Bauvorhaben im Ostravorwerk beachtet werden.

Herr Hoffmann erklärt, dass er die Situation so verstanden habe, dass das Interesse der Dresdener Mühle darin bestehe am Standort zu bleiben. Jedoch werde die Wohnbebauung kritisch betrachtet. Eine weitere Durchwegung sei dringend benötigt, jedoch nicht genehmigt worden. Und es gebe einen Streitpunkt im Bereich des Brandschutzes, weil die geforderten Auflagen für den Betrieb so nicht umsetzbar seien.

Frau Zimmermann erklärt, dass es eine Herausforderung sei und das Genehmigungsverfahren im Umweltamt geführt werde. Es gehe um die Modernisierung und Erweiterung des Betriebes. Jedoch seien damit verschiedene Dinge verbunden, beispielsweise die Gewährleistung von Löschwasser. Wenn sich verschiedene Parteien gegenüberstehen, werde natürlich vermittelt. Das sei in diesem Fall auch gelungen. Das Bauaufsichtsamt dürfe im Genehmigungsverfahren nur bei einer dinglichen Löschwassersicherung zustimmen. Diese Dienstbarkeit sei durch den Hafen abgesichert worden. Ebenfalls sei die geplante Zufahrt geregelt worden. Ein weiteres Streitthema sei der Brandschutz. Es sei ein Brandschutzgutachter bemüht worden um die einzelnen Notwendigkeiten herauszufiltern, sodass nun zwischen Stadtverwaltung und Dresdener Mühle auch an dieser Stelle vermittelt werden könne, um die Diskrepanzen zu überbrücken.

Herr Seifert fragt, ob die drei Knackpunkte der Zufahrt, des Brandschutzes und des Löschwassers nun auf absehbare Zeit zu lösen seien.

Frau Zimmermann erklärt, dass ein beiderseitiges Entgegenkommen wichtig sei, um eine gute Lösung zu finden. Aus Sicht des Amtes für Wirtschaftsförderung spreche nichts gegen eine Um-

setzung. Sie hoffe, dass die Dresdener Mühle zum nächsten Gespräch mit dem Oberbürgermeister und der Immissionsschutzbehörde einen Zeitpunkt der Umsetzung nennen könne.

Herr Händler fragt nach einer Umwidmung des Gebietes der Dresdener Mühle und bittet um eine genauere Erklärung. **Herr Szuggat** antwortet, dass planungsrechtliche Fragen dem Zugrunde liegen. Die gemischten Flächen seien Nachbarflächen zum Areal der Dresdener Mühle. Es müsse bei Planungen beachtet werden, dass Nachbarbereiche nicht zu verschieden in ihren Nutzungsarten seien oder bestimmte Dinge eingehalten werden, beispielsweise ein Abstandsgebot zu lauterer Nutzungsarten.

Frau Krause bittet Herrn Szuggat und Frau Zimmermann um Mitnahme des Stimmungsbildes, dass auch der Stadtbezirksbeirat Altstadt die Erhaltung der Dresdener Mühle befürworte.

Herr Barth ergänzt, dass die Tatsache des Besuchs von Herrn Szuggat und Frau Zimmermann allein bereits zeige, wie ernst diese Angelegenheit genommen werde.

Herr Szuggat wünscht sich im innerstädtischen Zusammenleben gegenseitige Rücksichtnahme auf gewerbliche Belange. Da in einer gemischten Stadt Strukturen vorhanden seien, in denen das Leben und Arbeiten nebeneinander auch zum Alltag gehören würden.

Herr Beger erklärt, dass sich seine Wohnung in unmittelbarer Umgebung zur Dresdener Mühle befinde und er es sehr spannend finde, wenn er abends noch Hafengeräusche höre. Wenn man also mit den dort wohnhaften Menschen spreche und für Aufklärung Sorge, können die Geräusche auch durch die Anwohnerschaft anders aufgenommen werden.

Herr Knebel ergänzt, dass Lärm durchaus gesundheitliche Folgen haben könne und bittet um Beachtung einer entsprechenden umweltrechtlichen Prüfung.

Herr Dziallas fragt, welche Grundstücke des Bauvorhabens zum Ostravorwerk durch die Mühle betroffen seien. **Frau Zimmermann** erklärt, dass die Dresdener Mühle auf dem eigenen Grundstück investieren wolle, um mehr Produkte anzubieten. Es gehe nur um die heranrückende Wohnbebauung, wo sich beide Partner möglicherweise gegenseitig beeinträchtigt sehen können. **Herr Szuggat** ergänzt, dass es sich beim Ostravorwerk um das Areal zwischen Magdeburger Straße, Friedrichstraße und Vorwerkstraße handele. Die Dresdener Mühle befinde sich auf der gegenüberliegenden Seite der Waltherstraße. Es sei jedoch immer schon als gemischte Baufläche betrachtet worden. Am 19. März 2020 werde der aktuelle Stand der Planung im Stadtbezirksamt Altstadt öffentlich vorgestellt.

Herr Seifert fragt nach einem Projekt zwischen Hamburger Straße und Waltherstraße, welches ebenfalls immer wieder für Diskussionen Sorge. **Frau Zimmermann** erklärt, dass es sich um eine Standortsuche für Globus handele, es jedoch drei verschiedene Grundstückseigentümer gebe. Sie wolle nur die große Komplexität dieses Themas andeuten und erklärt, dass versucht werde ein Grundstückstausch zu vollziehen. Dazu gebe es Verhandlungen mit dem Ziel den Tausch im Sommer 2020 zu erreichen.

4.2 Informationen und Anfragen

Herr Barth informiert die Stadtbezirksbeiräte, dass die Beschlusskontrollen zukünftig nur noch per E-Mail zugestellt werden sollen.

Ausgereicht wurden die Antworten auf die Anfrage AF-Alt00004/19 „Umsteigesituation Budapeststraße“ und auf die Anfrage AF-Alt00007/20 „Installation von ca. 30 Fahrradbügeln auf der Freifläche zwischen Prager Zeile (St. Petersburger Straße 30-32) und McDonalds“.

Die Vorlage zur Erweiterung des Radwegwinterdienstes ist den Stadtbezirksbeiräten zur Kenntnis per E-Mail zugestellt worden.

Der aktuelle Stand der Haushaltsmittel sowie der Terminplan zum Doppelhaushalt 2021/2022 zu dem es auch von Seiten des Stadtbezirksbeirates Altstadt einen Beschluss zu den Stadtbezirksmitteln im November geben werde, wurde den Stadtbezirksbeiräten ausgestellt.

Herr Barth fragt, ob das Interesse an einer Informationsveranstaltung dazu bestehe. Diese würde ungefähr im Mai oder Juni stattfinden. Die Abfrage dazu werde per E-Mail zugesendet.

Herr Hoffmann fragt, ob es sinnvoll sei, vor der Beschlussfassung jemanden zur Erläuterung des Haushaltsplans auf Ebene der Stadtbezirke einzuladen. **Herr Barth** erklärt, dass der Antrag gerne aufgesetzt und abgestimmt werden könne, dieser aber nichts bewirken werde, da er das selbst bereits mehrfach versucht habe. Die Kämmerei könne das personell und inhaltlich nicht leisten, da diese das Geld lediglich verwaltet. Zur eigentlichen Mittelverwendung müsse man sämtliche Fachämter mit dazu einladen.

Die Einladung zur Arbeitsgruppe Haushalt am 07.04.2020 wurde den Stadtbezirksbeiräten ausgereicht.

Ausgeteilt wurde auch das Ergebnis der Bürgerbeteiligung am Schützenplatz. Es gab eine klare Meinungsäußerung, da sich bei der Umfrage 84 Prozent für einen Spielplatz für Kleinkinder entschieden haben. Es werde zur weiteren Vorgehensweise ein Termin mit dem Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft dazu stattfinden.

Der Flyer zum Förderprogramm Wohnungsanpassung sowie über die Elbwiesenreinigung am 04.04.2020 von 9 Uhr bis 12 Uhr wurde den Stadtbezirksbeiräten ebenfalls ausgeteilt.

Für den Stadtbezirk Altstadt gebe es zwei Standorte, an denen sich getroffen werde. In der gesamten Woche werde es im Bereich Altstadt verschiedene Putzaktionen geben. Wenn das Interesse bestehe, als Stadtbezirksbeirat gemeinsam irgendwo putzen zu gehen, bittet Herr Barth um eine Rückmeldung.

Herr Hoffmann teilt die Idee mit, für diesen Tag Herrn Pietrusky zu gewinnen und gemeinsam mit seinem Projekt Chancen für die Chancenlosen etwas zu tun. Er werde sich darum kümmern und an die Stadtbezirksbeiräte zurückmelden.

Des Weiteren informiert **Herr Barth**, dass am 29.04.2020 die nächste Diskussionsveranstaltung zum Thema 5G von 17 Uhr bis 19 Uhr in der Messe Dresden stattfindet.

Ein Brief der Gesellschaft Historischer Neumarkt an die Stadtbezirksbeiräte ist ebenfalls ausgeteilt worden.

Wie Herr Szuggat bereits mitgeteilt habe, finde am 19.03.2020 um 18:00 Uhr im Stadtbezirk eine Bürgerversammlung zum Thema Ostravorwerk statt.

Außerdem berichtet **Herr Barth**, dass er vergangene Woche von der Bürgerinitiative „Schatzkiste“ in Löbtau eingeladen wurde, welche sich vorrangig mit eher vergessenen Straßen im Bereich Altonaer Straße, Semmelweißstraße, Cottaer Straße, Behringstraße beschäftigt. Es werde versucht das eine oder andere Projekt aus der Bürgerschaft aufzugreifen und vielleicht über eine

Anfrage seitens des Stadtbezirksbeirates zu generieren. Einige Straßen dort seien in sehr schlechtem Zustand.

Herr Marschner werde der Nachrücker für **Frau Gottwald** werden.

Herr Händler will wissen, ob die Kostenaufschlüsselung im ersten Projektantrag durch den Verein geschehen sei oder durch das Stadtbezirksamt, da diese gut und übersichtlich dargestellt gewesen sei und fragt nach der Möglichkeit das in jedem Antrag so zu übernehmen. **Herr Barth** erklärt, dass die Aufschlüsselung durch das Stadtbezirksamt vorgenommen worden sei. Es werde immer versucht den Anträgen eine vernünftige Struktur zu geben und für die Stadtbezirksbeiräte möglichst gut aufzubereiten.

Frau Schubert informiert über ein Vorschlagsrecht, welches sie den Stadtbezirksbeiräten weitergeleitet habe zur Bürgerbeteiligung an der Planung eines WiD-Wohnhaus in der Johannstadt. Sie leitet zudem die Anfrage einer Bürgerin weiter, welche nicht die einzige Person sei, die am Hauptbahnhof gestürzt sei, da es an manchen Stellen vom REWE kommend Richtung Decathlon aufsteigende Bodenplatten gebe. Die Fleischereiverkäuferinnen, die ihr zu Hilfe gekommen seien, erzählten, dass das mindestens einmal pro Woche passiere. Diese Bürgerin habe sich bereits an das Straßen- und Tiefbauamt gewandt. Jedoch sei dahingehend noch nichts merk- oder sichtbares, beispielsweise durch Markierungen, unternommen worden. **Herr Barth** bittet zum Vorschlagsrecht noch um die notwendigen Unterschriften, um dieses auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Er bittet um eine E-Mail zum Sachverhalt am Hauptbahnhof.

Frau Ludwig beanstandet die Beschlusskontrolle zur Baumpflanzung auf der Mary-Wigmann-Straße. Der Fußweg sei nun in einem schlechteren Zustand als vor der Baumpflanzung. Sie fragt, welche Möglichkeiten nun bestehen, diese Situation zu verbessern. **Herr Hoffmann** merkt an, dass die Baumpflanzung abgeschlossen worden sei. Danach sei die Internetverbindung für die 10. Grundschule durch die DREWAG errichtet worden. Das habe mit der Baumpflanzung nichts zu tun. Der Fußweg sei genauso schlecht wie vorher. Die Frage sei, ob der Stadtbezirksbeirat einen Antrag zur Sanierung dieser Stelle einbringe. Er habe jedoch noch keine Probleme feststellen können. **Herr Barth** erklärt, dass dies bereits schon einmal mitgeteilt wurde. Die Stelle sei angesehen und im Straßen- und Tiefbauamt nachgefragt worden. Es sei im zweiten oder dritten Jahresquartal dort eine Maßnahme geplant. Es werde noch einmal genauer hinterfragt und die Auskunft übermittelt.

Herr Waldhelm fragt nach dem aktuellen Stand hinsichtlich der Lärmbelästigung durch das Max-Planck-Institut. Man warte bereits seit Wochen auf eine Reaktion aus dem Umweltamt. **Herr Barth** antwortet, dass die Problematik bekannt sei. Er habe heute nochmal mit dem Umweltamt gesprochen. Es gebe Messergebnisse, aus denen sich ein Handlungsbedarf ergebe. Nicht alle Ergebnisse seien verwertbar, aber es sei erkennbar, dass entsprechende bauliche Maßnahmen ergriffen werden müssen. Wie und in welcher Form die Umsetzung erfolgen werde, stehe jedoch noch nicht fest.

Herr Hoffmann meint, dass die meisten Unfälle in der Nähe des Hauptbahnhofes mit mehr Achtsamkeit zu vermeiden seien. Unabhängig davon herrsche um den Decathlon herum ab 7Uhr morgens Lkw-Verkehr, obwohl dort Schilder aufgestellt seien, dass der Bereich für Fußgänger gedacht sei. Es sei selbst als Anlieferverkehr eine Zumutung. An der Durchwegung zum Hauptbahnhof Nähe dem Restaurant Dshingis Khan sei sogar eine Lampe weggefahren worden. Es

stelle eine extreme Verkehrsbelastung dar. Er fragt, ob es sich um eine ausgewiesene Anlieferzone handle und welche Maßnahmen man ergreifen könne. Auch spricht er die Belüftungsanlage und die Einzäunung an. **Herr Barth** erklärt, dass es tatsächlich ein Problem zu sein scheine. Er selbst sei letztens erst zusammen mit Vertretern des Stadtplanungsamtes und des Straßen- und Tiefbauamtes vor Ort gewesen, da gerade auch die Fläche vor dem Hotel noch nicht fertiggestellt sei. Dabei wurde die Problematik neben einigen anderen erkannt. Man wäre dabei das Bearbeitungsgebiet festzulegen, um diese Probleme zu lösen. Er spricht die Möglichkeit an, sich als Stadtbezirksbeirat auch an der Planung mit zu beteiligen, da das Budget des Straßen- und Tiefbauamtes nicht reiche. **Herr Hoffmann** ergänzt, dass der gesamte Bereich seit Jahren einen fürchterlichen Anblick biete. Er wird sein Anliegen nochmal per E-Mail einreichen.

Herr Händler erklärt, dass vor kurzem eine E-Mail zugesendet wurde zur Übermittlung eines Passbildes für die Erstellung eines Dienstausweises und fragt, was es damit auf sich habe. **Herr Barth** gibt Auskunft, dass es sich um den Dienstausweis für Gremienmitglieder handle. Dieser sei bereits in der letzten Wahlperiode eingeführt worden. **Frau Meinert** ergänzt, dass das Passbild nicht eingereicht werden müsse, wenn man den Dienstausweis nicht haben wolle.

Herr Barth schließt die Sitzung.

André Barth
Vorsitzender

Oxana Benkendorf
Schriftführerin

Susanne Krause
SBR-Mitglied

Joachim Promnitz
SBR-Mitglied